

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 51 | 20.12.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Dr. Max Hofmann | Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 150/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bilanzbuchhaltungsgesetz 2014, das Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 und die Gewerbeordnung 1994 geändert werden (Anpassungen an **Vorgaben der Financial Action Task Force**; Strategien und Verfahren sowie interne Kontrollen im Zusammenhang mit Proliferationsfinanzierung)

[BGBl I 151/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das Finanzmarkt-Geldwäschegesetz, das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz und das Glücksspielgesetz geändert werden (**FM-GwG-Anpassungsgesetz**) (Anpassungen an Vorgaben der Financial Action Task Force; Ausweitung des Geltungsbereichs auf Kryptowertetransfers; sukzessive Ausweitung des Geltungsbereichs auf sämtliche gezielte finanzielle Sanktionen)

[BGBl I 152/2024 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über **Sozialbetreuungsberufe** geändert wird (Herabsetzen der Altersgrenze einheitlich für alle Sozialbetreuungsberufe auf 18 Jahre; Erweiterung der Kompetenzen der Heimhilfe)

[BGBl II 369/2024](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die **Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung** 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2025, GSNE-VO 2013 – Novelle 2025)

[BGBl II 370/2024](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die **Systemnutzungsentgelte-Verordnung** 2018 geändert wird (SNE-VO 2018 – Novelle 2025)

[BGBl II 375/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft für die befristete Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern im Tourismus und in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2025 (**Saisonkontingentverordnung** 2025)

[BGBl II 381/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Ärztinnen-/Ärzte-Ausbildungsordnung** 2015 geändert wird (5. Novelle der ÄAO 2015)

[BGBl II 384/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Kraftfahrergesetz-Durchführungsverordnung** 1967 geändert wird (71. Novelle zur KDVO 1967)

[BGBl II 386/2024 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit der die **Sicherheitserklärung im Bildungsreich** (Sicherheitserklärungs-VO) erlassen wird

[BGBl III 201/2024](#)

Multilaterale Sondervereinbarung M 354 nach Abschnitt 1.5.1 ADR

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 2024/3115 v 16.12.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/3115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/2031 in Bezug auf Mehrjahresprogramme für Erhebungen, Meldungen über das Auftreten **geregelter Nicht-Quarantäneschädlinge**, befristete Ausnahmen von Einfuhrverboten und besonderen Einfuhrbestimmungen und Festlegung von Verfahren für deren Gewährung, befristete Einfuhrbestimmungen für **Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse** und andere **Gegenstände** mit **hohem Risiko**, die Festlegung von Verfahren für die Auflistung von Pflanzen mit hohem Risiko, den Inhalt von Pflanzengesundheitszeugnissen und die Verwendung von Pflanzenpässen und in Bezug auf bestimmte Berichtspflichten für abgegrenzte Gebiete und Erhebungen über **Schädlinge** und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/625 in Bezug auf gewisse Meldepflicht bei Nichteinhaltung

[ABI L 2024/3099 v 16.12.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/3099 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG über die **Hafenstaatkontrolle**

[ABI L 2024/3100 v 16.12.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/3100 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 zur Änderung der Richtlinie 2009/21/EG über die Erfüllung der **Flaggenstaatpflichten**

[ABI L 2024/3101 v 16.12.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/3101 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 zur Änderung der Richtlinie 2005/35/EG über die **Meeresverschmutzung** durch Schiffe und die Einführung von verwaltungsrechtlichen Sanktionen bei Verstößen

[ABI L 2024/3011 v 18.12.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/3011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 über die Übertragung von Verfahren in **Strafsachen**

[ABI L 2024/3110 v 18.12.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/3110 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für die **Vermarktung** von **Bauprodukten** und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 305/2011

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

25.11.2024, [W II 2/2024](#)

Nö GemeindeO; Nö GemeinderatswahIO; Stattgabe des Antrags eines Gemeinderats auf **Verlustigerklärung des Mandats** eines Gemeinderatsmitglieds wegen Verlusts der Wählbarkeit infolge Aufgabe des ordentlichen Wohnsitzes

25.11.2024, [E 3214/2024](#)

AsylG; EMRK; Verletzung im verfassungsgesetzlich gewährleisteten **Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens** gem Art 8 EMRK eines armenischen Staatsangehörigen betreffend die Erlassung einer Rückkehrentscheidung, Feststellung der Zulässigkeit der Abschiebung nach Armenien und Festsetzung einer 90-tägigen Frist für die freiwillige Ausreise durch eine fehlerhafte **Interessensabwägung**

26.11.2024, [V 53/2024](#)

Nö BauO; Abweisung eines Gerichtsantrags auf **Aufhebung des Flächenwidmungsplans** der Stadtgemeinde Stockerau; ausreichende Grundlagenforschung für die Umwidmung von Bauland-Betriebsgebiet in Bauland-Kerngebiet hinsichtlich der Anpassung der planerischen Absichten sowie Bedachtnahme auf die Lärmsituation

28.11.2024, [G 88/2024](#)

StaatsbürgerschaftsG; Aufhebung der Ziffern- und Zeichenfolge „2,“ in § 10 Abs 2 Z 1 StaatsbürgerschaftsG wegen Verstoßes gegen das Sachlichkeitsgebot des Gleichheitsgrundsatzes; Widerspruch bei der Anknüpfung an **Verwaltungsübertretungen als Verleihungshindernis** mit § 10 Abs 2 Z 2 leg cit

28.11.2024, [E 1806/2024](#) und [E 1841/2024](#)

B-VG; Vbg LandesverwaltungsgerichtsG; Verletzung im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter; keine nachvollziehbare und überprüfbare Zuweisung eines Geschäftsfalls an einen bestimmten Richter durch die **Geschäftsverteilung** des Landesverwaltungsgerichtes Vorarlberg für das Jahr 2022 im Fall des **gleichzeitigen Einlangens** von mehreren Beschwerden aus einem Zuständigkeitsbereich

29.11.2024, [G 83/2024](#)

ABGB; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung von § 783 ABGB betreffend **Schenkungen an Pflichtteilsberechtigte**; kein Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot oder das Grundrecht auf Unversehrtheit des Eigentums

29.11.2024, [G 106/2024](#)

Jurisdiktionsnorm; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung von § 8a Jurisdiktionsnorm betreffend die **Einzelrichterzuständigkeit** bei Rechtsmittel gegen Entscheidungen über die **Gebühren** der Sachverständigen und Dolmetscher an Landesgerichten; kein Verstoß gegen das Sachlichkeitsgebot durch Zuständigkeit eines Einzelrichters anstelle eines Senats aus Gründen der Verfahrensökonomie; kein Verstoß gegen das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter und gegen den Grundsatz der festen Geschäftsverteilung durch die Wahl des Entscheidungsorgans aus Mitgliedern eines zuständigen Senats; fehlende – im Voraus festgelegte – Bestimmung des Entscheidungsorgans stellt **Vollziehungsfehler** dar

29.11.2024, [G 113/2024](#)

MaßnahmenvollzugsanpassungsG; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung einer – verfassungskonform auslegbaren – Übergangsbestimmung des MaßnahmenvollzugsanpassungsG (Art 6 Abs 2 letzter Satz leg cit); Widerruf der bedingten **Nachsicht einer Unterbringung** ausschließlich bei jenen Betroffenen, deren Unterbringung auch gem der neuen Rechtslage angeordnet werden dürfte

29.11.2024, [G 136/2024](#)

LuffahrtG; Aufhebung der Wortfolge „an das Bundesverwaltungsgericht“ in § 139a Abs 4 LuffahrtG wegen Verstoßes gegen Art 131 Abs 4 Z 2 lit c B-VG; **Zuständigkeit des BVwG** in mittelbarer Bundesverwaltung ohne Zustimmung der Länder

11.12.2024, [G 110/2024](#)

Ktn VeranstaltungsgG; Aufhebung der Wortfolge „Karfreitag und am“ in § 8 Abs 3 Ktn VeranstaltungsgG wegen Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz; ganztägig schlechthin ausnahmsloses **Verbieten von Veranstaltungen am Karfreitag**, ohne sicherzustellen, dass ein angemessener Ausgleich mit widerstreitenden Grundrechten, wie etwa der Kunstfreiheit oder der Erwerbsfreiheit stattfindet

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

06.11.2024, [Ra 2023/01/0242](#)

VersammlungsG; Unterlassung der Versammlungsanzeige entgegen § 2 Abs 1 VersammlungsG; die **Strafbarkeit** wegen Verletzung der **Anzeigepflicht** war nicht deswegen ausgeschlossen, weil die Abhaltung der Versammlung für die laufende **Landtagssitzung** in Aussicht genommen war; die Versammlungsbehörde hat in verfassungskonformer Anwendung des VersammlungsG den alleine der Staatsfunktion der Gesetzgebung zukommenden Vollzugsbereich zu beachten; unzulässig ist daher Verwaltungshandeln, das in die der Staatsfunktion Gesetzgebung vorbehaltene **Sitzungspolizei** eingreift; nichtsdestotrotz bleiben – außerhalb des der Gesetzgebung vorbehaltenen Vollzugsbereichs – die Aufgaben der Behörde unberührt, deren (erleichterter) Erfüllung die Verpflichtung zur Anzeige auch von zur Abhaltung in Sitzungen der Gesetzgebungsorgane in Aussicht genommenen Versammlungen dient

06.11.2024, [Ra 2023/03/0036](#)

EisenbahnG; Ausnahme vom **Bauverbotsbereich**; Bestehen die **öffentlichen Verkehrsinteressen** iSd § 42 Abs 3 EisebG in einer erst in **Planung** befindlichen Erweiterung der Infrastruktur, sodass noch keine konkreten Pläne für ein Bauvorhaben vorliegen, scheidet eine Beurteilung, ob (lediglich) ein bestimmter Teil des Bauverbotsbereichs für eine solche Erweiterung notwendig ist, von vornherein aus; Beurteilung, ob iHa Planungen zur Streckenerweiterung ein öffentliches Verkehrsinteresse iSd § 42 Abs 3 leg cit vorliegt, ist eine rechtliche und keine sachverständige Beurteilung, sodass dazu **kein Sachverständigengutachten** einzuholen war

12.11.2024, [Ra 2024/06/0130](#)

Tir BauO; **AVG**; Auftrag zur Unterlassung eines weiteren **raumordnungswidrigen Benützens** gem § 46 Abs 6 lit g Tir BauO ist ein Auftrag zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustands (iSd Beendigung eines bereits gesetzten Verhaltens) und bedarf daher der Festsetzung einer **Erfüllungsfrist**; den baubehördlichen Bescheiden fehlt jegliche Fristsetzung für die Erfüllung des darin erteilten Auftrags, sodass dieser sofort vollstreckbar wäre; Verstoß gegen § 59 Abs 2 AVG, wonach dem Verpflichteten eine angemessene Leistungsfrist einzuräumen ist

18.11.2024, [Ra 2022/05/0133](#)

NÖ BauO; **AVG**; Bemessung der **Leistungsfrist** bei einem **Abbruchauftrag**; mangels abweichender Anordnung im Materien-gesetz war bei der Erteilung des baupolizeilichen Auftrages gem § 17 VwGVG auch § 59 Abs 2 AVG anzuwenden; bei Bemessung der Frist ist auf **wirtschaftliche Umstände** insoweit Bedacht zu nehmen, als dies die (von der Behörde in erster Linie zu wahrenen) öffentlichen Interessen nach den Umständen des Einzelfalls zulassen, also nicht besondere Dringlichkeit geboten ist; die vorgebrachten wirtschaftlichen Umstände wären mit den öffentlichen Interessen abzuwägen gewesen

21.11.2024, [Ra 2021/04/0010](#)

GewO; Tatbestand des **Anbietens** einer gewerblichen Tätigkeit iSd § 1 Abs 4 zweiter Satz GewO ist erfüllt, wenn einer an einen größeren Kreis von Personen gerichteten Ankündigung die Eignung zukommt, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass eine unter den Wortlaut der Ankündigung fallende, gewerbliche Tätigkeit entfaltet wird; ob die angebotene gewerbliche Tätigkeit **tatsächlich ausgeübt** wurde, ist nicht von **Relevanz**, weil bereits das Anbieten der den Gegenstand des Gewerbes bildenden Tätigkeit der Ausübung des Gewerbes gleichzuhalten ist; Ausübung des Gewerbes (Immobilienmakler)

durch Ankündigung der Leistungen auf der Homepage; Einvernahme des Rw angesichts der eindeutigen Aktenlage nicht mehr notwendig

25.11.2024, [Ra 2024/01/0057](#)

VersammlungsG; Rechtsfrage, ob eine **Bestrafung** gem § 14 Abs 1 VersammlungsG die **Rechtmäßigkeit** der **Auflösung** der Versammlung voraussetzt; der klare Wortlaut der ersten Voraussetzung des § 14 Abs 1 leg cit stellt tatbestandlich darauf ab, ob eine Versammlung aufgelöst wurde; dabei ist gleichgültig, ob die Auflösung durch die Versammlungsbehörde gem § 13 leg cit oder vom Leiter der Versammlung gem § 11 leg cit ausgesprochen wurde; die Rechtmäßigkeit der Auflösung ist vom Gesetzeswortlaut nicht verlangt und daher **nicht** als **Vorfrage** für die Bestrafung gem § 14 leg cit zu prüfen; die Rechtmäßigkeit der Auflösung kann der Betroffene mit Maßnahmenbeschwerde gesondert bekämpfen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 02.12.2024, [W122 2164360-1](#) und [W122 2150378-1](#)

GehaltsG; Anrechnung von Zeiten zur **Feststellung des Besoldungsdienstalters**; Mangel an höchstgerichtlicher Rsp zur Novelle des GehaltsG insbesondere hinsichtlich der Frage, ob durch die gegenständliche gesetzliche Regelung eine **Entdiskriminierung** am unionsrechtlichen Maßstab gelungen ist; der Verweis auf § 12 leg cit – im Wege des § 113 Abs 5 leg cit – in verschiedenen Fassungen (keine Deckelung mit 3,5 Jahren für Eintritte vor dem 01.05.1995) könnte eine abermalige, jedoch stichtagsbezogene Diskriminierung darstellen

LVwG Oö 28.10.2024, [LVwG-451543](#)

Oö InteressentenbeiträgeG; im Oö InteressentenbeiträgeG findet sich keine Definition des Begriffs „**Anschluss**“; ein **Grundstück** gilt grundsätzlich dann als „angeschlossen“, wenn eine Verbindung des Grundstückes (etwa durch eine Anschlussleitung oder Sticheleitung) mit der Gemeindevorrichtung hergestellt wird und dadurch deren Benützung ermöglicht wird.

LVwG Tir 28.11.2024, [LVwG-2023/37/1913-11](#)

ÄrzteG; **ZahnärzteG**; Aberkennung der Berechtigung zur Führung des **Berufstitels „Primarius“**; Interpretation des § 5 Abs 4 ZahnärzteG unter Berücksichtigung der verwandten Bestimmung des § 43 Abs 6 ÄrzteG durch Abstellen auf die „dauernde Leitung“ eines „selbständigen Ambulatoriums“; Differenzierung von Weisungsbefugnis gegenüber Zahnärzten und direkter Unterstellung von Zahnärzten

LVwG Tir 05.12.2024, [LVwG-2024/34/2624-33](#)

ChemikalienG; keine Ausnahme von **tabakfreien Nikotinbeutel**n vom Anwendungsbereich der CLP-Verordnung; vorläufige Beschlagnahmung von tabakfreien Nikotinbeutel; Ende der Stellung als „**Verfügungsberechtigter**“ im Sinne des § 68 ChemikalienG mit Übernahme einer Internetdomain samt Online-Shop trotz fehlerhaftem Impressum durch ein anderes Unternehmen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[19.12.2024, verb Rs C-185/24 u C-189/24, Tudmur](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Asylpolitik** – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Art 3 Abs 2 – Überstellung des Asylbewerbers in den für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaat – Art 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Gefahr einer **unmenschlichen** oder **erniedrigenden Behandlung** – Beweismittel und Beweisanforderungen für die tatsächliche Gefahr einer unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung, die auf systemische Schwachstellen des Asylverfahrens und der Aufnahmebedingungen für Antragsteller im zuständigen Mitgliedstaat zurückzuführen ist – Aussetzung der Aufnahme und Wiederaufnahme von Asylbewerbern durch den zuständigen Mitgliedstaat

19.12.2024, Rs C-591/23, ZCC Europe

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – Gemeinsamer Zolltarif – **Kombinierte Nomenklatur** – Zollarifliche Einreihung – Positionen 8113 und 8209 – Aus Cermets bestehende Hartmetallstäbchen – Durchführungsverordnung (EU) 2021/910 – Gültigkeit – Einreihungskriterien

19.12.2024, Rs C-295/23, Halmer Rechtsanwalts-gesellschaft

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – Bestimmung der anwendbaren Verkehrsfreiheit – Dienstleistungen im Binnenmarkt – Richtlinie 2006/123/EG – Art 15 – Anforderungen im Hinblick auf die Beteiligungen am Gesellschaftsvermögen – Beteiligung eines reinen **Finanzinvestors** am Kapital einer **anwaltschaftlichen Berufsausübungsgesellschaft** – Widerruf der Zulassung dieser Gesellschaft zur Rechtsanwaltschaft wegen dieser Beteiligung – Beschränkung der Niederlassungsfreiheit und des freien Kapitalverkehrs – Rechtfertigung mit dem Schutz der anwaltlichen Unabhängigkeit und mit dem Schutz der Empfänger von Rechtsdienstleistungen – Erforderlichkeit – Verhältnismäßigkeit

19.12.2024, verb Rs C-123/23 u C-202/23, Khan Yunis

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – Asylpolitik – Richtlinie 2013/32/EU – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – **Antrag auf internationalen Schutz** – Unzulässigkeitsgründe – Art 2 Buchst q – Begriff ‚Folgeantrag‘ – Art 33 Abs. 2 Buchst. d – Ablehnung eines Antrags auf **internationalen Schutz** als unzulässig durch einen Mitgliedstaat wegen der Ablehnung eines früheren, in einem anderen Mitgliedstaat gestellten Antrags oder wegen der Einstellung des Verfahrens über den früheren Antrag durch einen anderen Mitgliedstaat

12.19.2024, Rs C-65/23, K GmbH (Traitement de données personnelles des employés)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 88 Abs 1 und 2 – Datenverarbeitung im **Beschäftigungskontext** – Personenbezogene Beschäftigtendaten – Von einem Mitgliedstaat gemäß Art 88 dieser Verordnung vorgesehene spezifischere Vorschriften – Pflicht zur Einhaltung von Art 5, Art 6 Abs 1 sowie Art 9 Abs 1 und 2 dieser Verordnung – Verarbeitung auf der Grundlage einer Kollektivvereinbarung – Spielraum der Parteien der Kollektivvereinbarung in Bezug auf die Erforderlichkeit der darin vorgesehenen Verarbeitung personenbezogener Daten – **Umfang** der gerichtlichen Überprüfung

B. SCHLUSSANTRÄGE

19.12.2024, Rs C-794/23, Finanzamt Österreich (TVA facturée par erreur à des consommateurs finals II) (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – **Mehrwertsteuer** (TVA) – Dienstleistung – Unrichtiger, zu **hoher Mehrwertsteuerausweis** auf der Rechnung – Rechnungen an Nichtsteuerpflichtige, die nicht über ein Recht zum Vorsteuerabzug verfügen – Haftung für die Gefährdung des Steueraufkommens – Ermittlung der Rechnungen, bei denen eine **Gefährdung des Steueraufkommens** besteht – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Beweislast – Schätzungsbefugnis der Finanzbehörden – Kriterien einer sachgerechten Schätzung

19.12.2024, Rs C-427/23, Határ Diszkont (GA Kokott)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 1 Abs 2, Art 2 Abs 1 Buchst c und Art 78 – Erstattung von Mehrwertsteuervorauszahlungen an nicht in der Europäischen Union ansässige Käufer – **Bearbeitungsgebühren** – Eigenständige Leistung, die der Mehrwertsteuer unterliegt – Begriffe ‚einheitlich komplexe Leistung‘, ‚Nebenleistung zur Hauptleistung‘ und ‚Selbständigkeit der Leistungen‘ – Steuerbefreiungen nach Art 135 Abs 1 Buchst d und Art 146 Abs 1 Buchst e – **Vertrauensschutz** – Steuerbemessungsgrundlage

C. GERICHT

[18.12.2024, Rs T-776/22, TP/ Kommission](#)

Öffentliche Aufträge – **Haushaltsordnung** – Zweijähriger Ausschluss von der Teilnahme an Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Gewährung von Finanzhilfen aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union und aus dem EEF – Erheblicher Mangel bei der Erfüllung der Hauptauflagen aus einem vorherigen Vertrag – Art 136 Abs 1 Buchst e der Haushaltsordnung – Kein Automatismus zwischen der Feststellung einer Verletzung vertraglicher Verpflichtungen durch das für den Vertrag zuständige Gericht und dem Erlass einer Ausschlussmaßnahme durch den zuständigen Anweisungsbefugten – Verpflichtung zur konkreten und individualisierten **Bewertung des Verhaltens** der beschuldigten Person – Vorheriger, an eine Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern vergebener Auftrag – Gesamtschuldnerische vertragliche Haftung

[18.12.2024, Rs T-520/23, Hecht Pharma/ EUIPO - Gufic BioSciences \(H 15 Gufic\)](#)

Unionsmarke – Verfallsverfahren – **Unionsbildmarke** H 15 Gufic – Ernsthafte Benutzung der Marke – Art 58 Abs 1 Buchst a der Verordnung (EU) 2017/1001 – Öffentliche und nach außen gerichtete Benutzung – Benutzung für die Waren, für die die Marke eingetragen ist

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

12.12.2024, Beschwerde Nr [10145/22](#), Y. / *Tschechische Republik*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter); **Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Versäumnis der nationalen Behörden, ein Strafrechtssystem wirksam anzuwenden, das geeignet ist, nicht einverständliche sexuelle Handlungen zu ahnden, die von einem **verletzlichen Opfer** behauptet werden, das sich während dieser Handlungen nicht dagegen gewehrt hat; Anwendung der allgemeinen Grundsätze, die in [M.C. gg Bulgarien](#) festgelegt sind; Ansatz der Behörden, der Bf keinen angemessenen Schutz gewährleistete; unzureichende Berücksichtigung von Situationen ungültiger Zustimmung aufgrund des Missbrauchs von **Schutzbedürftigkeit** und der psychologischen Reaktion von Opfern sexueller Übergriffe; restriktive Auslegung der Tatbestandsmerkmale der **Vergewaltigung**, was zur Einstellung des Falls durch die Polizei führte; Versäumnis der Behörden, eine kontextbezogene Bewertung des Sachverhalts vorzunehmen

17.12.2024, Beschwerde Nr [33369/17](#), *Gaba / Albanien*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); außerordentliche **Revision** und Aufhebung einer endgültigen Entscheidung der Kommission für die Rückgabe von **Eigentum**, mit der dem Bf ein Grundstück zugesprochen wurde, die nicht durch wesentliche und zwingende Umstände gerechtfertigt ist; Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit

17.12.2024, Beschwerde Nr [52977/19](#), *Hellgren / Finnland*

Keine Verletzung von **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit); **Einbehaltung des Lohns** der Bf durch ihren Arbeitgeber für zwei Tage wegen teilweiser Erledigung von Arbeitsaufgaben im Rahmen eines „**selektiven Streiks**“ im Anschluss an einen kollektiven Gewerkschaftsbeschluss; Gewerkschaftsfreiheit im Allgemeinen im vorliegenden Fall gewährleistet; inländische Behörden haben sich bei ihrem Bemühen um einen gerechten Ausgleich zwischen den konkurrierenden Rechten, um die es geht, innerhalb ihres weiten Ermessensspielraums bewegt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Dr. Max Hofmann, Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Nikolaus Kuri, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Univ.-Ass. Dr. Elisabeth Poltschak, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.